

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 14 (1973)  
**Heft:** 13

**Artikel:** Anna Kethly erinnert : 25 Jahre "Vereinigung" von KP und SP in Ungarn  
**Autor:** Vandor, Georgine  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095101>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

25 Jahre «Vereinigung» von KP und SP in Ungarn

# Anna Kethly erinnert

Ein Gespräch mit Georgine Vandor für das ZeitBild

Am 12. Juni 1948 ging in Ungarn die wohlpräparierte «Vereinigung» der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei über die Bühne. Wie das vor sich ging, das berichtet für unsere Leser hier Anna Kethly, eine der grössten Gestalten der ungarischen Arbeiterbewegung, eine Vorkämpferin gegen das faschistoide Horthy-Regime und die spätere nationalsozialistische Besetzung, eine verfolgte, aber uneingeschüchterte Verfechterin des demokratischen Sozialismus gegen den Sozialfaschismus, genannt Kommunismus. Demnach also eine Person, die ein dem Sozialfaschismus angebotener Westen aus seinem Bewusstsein verdrängen muss.

Das Jubiläumsjahr der kommunistischen Machtergreifung in Osteuropa von 1948, dem wir unter anderem mit den Serien von Ervin György gedenken, eignet sich auch zum Gedenken an den kommunistischen Umgang mit «Partnern» (siehe dazu das TM-Buch von Laszlo Revesz, «Die Liquidierung der Sozialdemokratie in Osteuropa», SOL-Verlag, Bern 1971, Fr. 7.90), um so mehr als die regierenden KP's von jener Geschichte keineswegs etwa Abstand genommen haben, sondern sie vielmehr noch heute verherrlichen und als Vorbild darstellen. So ist das Gespräch mit Anna Kethly, das Georgine Vandor für uns aufgezeichnet hat, mit Sicherheit die Bestimmung eines Gegenwartsfaktors in Osteuropa und möglicherweise eines Zukunftsfaktors in Westeuropa. Wobei die Zukunft schon angefangen hat.

*Anna Kethly, es sind 25 Jahre her, seit die zwei Arbeiterparteien in Ungarn, die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei, sich vereinigt haben. Ich möchte Sie als prominenteste Vertreterin der antifaschistischen ungarischen Arbeiterbewegung fragen, woran Sie sich erinnern und woran Sie uns erinnern wollen.*

Vor allem möchte ich daran erinnern, dass trotz des verflossenen Vierteljahrhunderts die Frage der «Vereinigung» in Ungarn noch immer Gesprächsstoff ist. Die Zeitungen finden immer wieder jemanden, in der Regel einen Sozialdemokraten, der zu diesem Thema «sein Zeugnis abgibt». In jüngster Vergangenheit erschien sogar darüber ein Buch aus der Feder von György Marosan, der seinerzeit geholfen hat, die Partei zugrunde zu richten. Und wenn eine Selbstbestätigung noch immer notwendig ist, so kann das nur eines bedeuten, dass sich nämlich die Mit-

glieder der Sozialistischen Partei immer noch nicht ergeben haben, trotz Zuckerbrot und Peitsche. Man hat offenbar immer noch mit jenen zu rechnen, die im Glauben an Menschenwürde aufgewachsen sind und die sozialistische Politik noch in jener Zeit erlernt haben, als das halbfaschistische System die Menschenrechte des vierten Standes (Industrieproletariat; Anm.) ebenso unterdrückte wie die spätere «Einheitspartei». *Wie konnte man die Sozialisten doch zur Vereinigung bringen?*

So, dass man die Mitglieder nicht fragte, was sie darüber dachten. Innerhalb der Kommunistischen Partei war das schon der allgemeine Brauch. Ihre Führer hatten sich in der Emigration daran gewöhnt, dass man die Mitglieder bestenfalls nachträglich informierte. Den Plan der Vereinigung kannte man nur vom Hörensagen. In offizieller Form wurde das Thema weder bei den Besprechungen im sozialdemokratischen Parteipräsidium noch im Parteivorstand besprochen. Die Kommunisten wussten warum. Die Arbeiterschaft der Grossindustrie, die wichtigste, politisch wertvollste und bewussteste Gruppe der Sozialdemokratischen Partei, hatte nämlich eine wesentlich andere Meinung. Es brauchte die zielbewusste und gut organisierte Zerstörungstätigkeit der KP, um sich diese führende Arbeiterschaft einzuverleiben.

Die Aktion lief gleichzeitig auf zwei Linien, in der allgemeinen Politik einerseits und im internen Parteileben der Sozialdemokraten andererseits. Zunächst ging es der KP darum, die parlamentarische Mehrheit zu erringen. Und dazu schuf sie 1947 das neue Wahlgesetz. Sein Witz bestand darin, dass jene Wähler, die sich am Wahltag auswärts aufhielten, ihre Stimme am jeweiligen Aufenthaltsort abgeben konnten. Und dann bildete man regelrechte Reisegruppen, die von Ort zu Ort gefahren wurden und überall ihre Stimme abgaben. Mit diesen Wahlkarten, den berühmten «blauen Zetteln», haben die Kommunisten

eine halbe Million falscher Stimmen errungen. Und sie haben übrigens später die Sozialdemokraten zynisch mit der Behauptung verleumdet, sie hätten den Wahlbetrug auch mitgemacht. Darauf möchte ich mit einem einzigen traurigen Gegenbeweis antworten: Hätte der sozialdemokratische Justizminister Dr. Istvan Ries hier mitgemacht, würde er seinen eigenen Behörden doch nicht die (schlecht durchgeführte) Anweisung gegeben haben, die Wähler mit «blauen Zetteln» zu verhaften. Man hat es ihm dann vergolten, als man ihn 1950 verschleppte und im Gefängnis tötete. Die Ergebnisse der gefälschten Wahl wurden ferner dadurch beeinflusst, dass die kommunistische Flüsterpropaganda den Plan der Vereinigung beider Parteien verbreitete. So kam es, dass Sozialdemokraten, die sich vor der Diktatur fürchteten, ihre Stimme eher den bürgerlichen Parteien gaben, was die Stellung der Sozialisten gegenüber ihrem kommunistischen «Partner» schwächte.

*Und wie ging man im internen Parteileben der Sozialdemokratie vor?*

Durch Zersplitterung von innen her. Man proklamierte zwei Teile der Partei, einen bösen rechten und einen guten linken Teil. Als «Rechtssozialisten» beschimpfte man alle, welche die Demokratie und die Selbständigkeit der Partei bewahren wollten, und sie bildeten die grosse Mehrheit der Mitglieder. Die gelobte Linke war eine kleine Minderheit, die sich aus verschiedenen Elementen zusammensetzte. Ihre Führer entfalteten ihre Tätigkeit unter Leitung und Anleitung der Kommunisten. In ihr Schlepptau gerieten namentlich junge Leute, die man anlog.

*Und doch konnte diese kleine Minderheit den Willen der Parteimassen brechen?*

Ja, denn hinter ihr steckte die KP, beziehungsweise die sowjetische KP unter Stalin. Den spontanen Aufmarsch gegen die gefälschten Wahlen

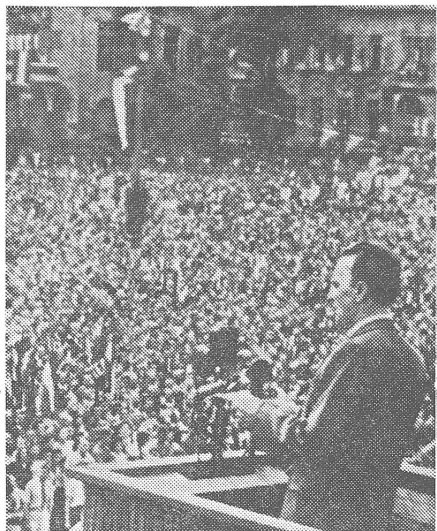
*Anna Kethly, Jahrgang 1889, engagierte sich zunächst in der ungarischen Gewerkschaftsbewegung und war ab 1919 die prägende Gestalt der sozialistischen Frauenbewegung. Von 1922 bis 1948 gehörte sie (zur Zeit der hitlerischen Besetzung im Untergrund) dem sozialdemokratischen Parteivorstand und dem Parlament an, zu dessen Vizepräsidentin sie nach 1945 wurde. Sie gehörte zu den repräsentativsten Gegnern des Horthy-Regimes, und ihre Feindschaft zum Faschismus in allen seinen Formen liess sie auch gegen die Vereinigungspläne von KP und SP Stellung nehmen. Auf Geheiss von Rakosi wurde sie deshalb zusammen mit andern demokratischen Persönlichkeiten als «Rechtselement» aus der Partei ausgeschlossen, was zu den Vorbereitungen der Fusion gehörte. Von 1949 bis 1956 sass sie im Gefängnis. Kurz darnach arbeitete sie erstmals mit Kommunisten zusammen, nämlich während der ungarischen Revolution als Staatsminister in der Regierung von Imre Nagy. Am 1. November 1956 befand sie sich zu einer Besprechung in Wien, als die sowjetische Invasion ihre Rückkehr verunmöglichte.*



Von den Schergen Hitlers gesucht, von den Schergen Stalins gefunden: Anna Kethly.

# Rüstung inbegriffen

Was der Vorrang der Schwerindustrie in der Sowjetunion bedeutet



Zur ersten Versammlung der 1948 zwangsvereinigte Partei sprach Janos Kadar, damals stellvertretender Generalsekretär der Partei.

brandmarkte die «Prawda» als eine «unmittelbare Aktion gegen die Sowjetunion». Stalin versicherte telegraphisch den linksstehenden Generalsekretär seiner Unterstützung. Diese Aktionen wurden durch die Verbreitung der Legende unterstützt, dass die beiden Parteien schon vor der Befreiung noch in der Illegalität in der Frage der Fusion einig geworden seien: Arpad Szakasits und Gyula Kallai hätten ein diesbezügliches Abkommen unterzeichnet. Diese Unterschriften hat man bis heute nicht gesehen. Hätte es ein solches Abkommen gegeben, so wäre seine Kopie heute doch wohl in jedem Schulbuch zu finden.

Nun ging man daran, die Sozialdemokratische Partei zu verschlingen. Auch das geschah durch einen Betrug, einen Betrug mit Putschcharakter. Man berief eine Volksversammlung in die Sporthalle ein und schloss die «rechtsstehenden Elemente» aus der Partei aus. Besammelt waren hier Kommunisten und Sozialdemokraten unter kommunistischem Einfluss. Und dieses durchaus parteifremde Gremium verfasste — gleich noch unter Missachtung der Parteistatuten — seinen Beschluss und forderte die Liquidierung der «rechtsstehenden» Persönlichkeiten, die alle auf eine jahrzehntelange antifaschistische Vergangenheit in der Arbeiterbewegung zurückblicken konnten.

Und sie wurden dann auch liquidiert?

Nicht nur sie. Die Vereinigung ging 1948 über die Bühne. In den nachfolgenden Jahren warteten Gefängnis und Internierungslager auf die sozialdemokratische Elite, aber auch auf einfache Mitglieder, die keinerlei Rolle gespielt hatten. Das war das Schicksal sowohl der «Parteilinken» wie auch der «Parteilinken». Die kommunistische Diktatur ist nicht so wählerisch.

In den Tagen der Revolution von 1956 meldeten sich bei den neugegründeten Parteiorganisationen der Sozialdemokraten nicht nur frühere Parteimitglieder, sondern auch zahlreiche Kommunisten. In den Jahren der Diktatur hatten sie erkannt, in welche politische Sackgasse, wirtschaftliche Pleite und grenzenlose Untertänigkeit das Land von der kommunistischen Herrschaft gedrängt worden war. ■

Alles was die sowjetische Rüstungsindustrie angeht, ist höchstes Staatsgeheimnis. Etwas, worüber der Öffentlichkeit auch indirekt nichts mitgeteilt werden darf. Zu diesem Komplex zählen unter anderem auch der zivile Teil der Flugzeugindustrie, die Aluminiumproduktion, die Hartmetalle, die sogenannten seltenen Mineralien und natürlich auch das Uran. Weder die Produktion noch der Handel mit allen diesen Erzeugnissen wird in den Statistiken vermerkt. Nur die Chinesen veröffentlichten vor Jahren eine Liste jener strategisch wichtigen Rohstoffe, die sie während der fünfziger Jahre der UdSSR geliefert haben.

Zur Taktik der Verschleierung gehört auch das Vorgehen, dass die Verteidigungskosten seit Jahren unverändert mit 17,9 Milliarden Rubel (86 Milliarden Franken) angegeben werden, was 10,3 Prozent der Gesamtausgaben des Staatshaushaltes (1970) darstellt. Dieser stereotyp wiederholte Fixwert ist in Anbetracht der steigenden Militarisierung der Bevölkerung, der Verschlechterung der Beziehungen zu China und des sowjetischen Säbelgerassels an der chinesischen Grenze nicht überzeugend. Die Tatsache, dass man die Rüstung trotz lautstarker Friedenspropaganda mit grösster Intensität vorantreibt, bestätigt sogar der laufende Fünfjahrplan (1971 bis 1975), wo der Schwerindustrie — zu der auch die Rüstungsindustrie gehört — auch weiterhin eine vorrangige Entwicklung zugesprochen wird. Der Grund dafür, so erklärte Breschnew am 24. Parteitag der KPdSU (April 1971) liege in der Erkenntnis, dass ohne eine stark ausgebaute Schwerindustrie die moderne Ausrüstung der Armee unmöglich sei. Dieser Trend findet auch in der Investitionspolitik seinen Niederschlag: im Jahre 1971 wurden von den Gesamtinvestitionen 29,6 Prozent für den Ausbau der Schwerindustrie aufgewendet, wogegen der Konsumsektor sich mit einem Anteil von 5,5 Prozent begnügen musste.

Diese Diskrepanz zwischen den Aufwendungen für die Rüstung und der Konsumindustrie hat sich während der letzten zehn Jahre nicht viel geändert, obwohl die Parteipolitiker bei jeder Gelegenheit die Verbesserung der Marktversorgung versprochen haben. Um die daraus entstehende Missstimmung aufzufangen, versucht man der Bevölkerung einzureden, dass die Rüstungsindustrie sich auch an der Erzeugung von Verbrauchsgütern beteiligt. Laut Breschnew sollen bereits 42 Prozent des Ausstosses der Rüstungsbetriebe für die Bevölkerung bestimmt sein. Um welche Produkte es sich handelt und wo sie aufzufinden wären, wurde bei dieser Gelegenheit nicht bekanntgegeben.

Unter diesen Umständen besteht kein Zweifel, dass die sowjetischen Rüstungsausgaben in Wirklichkeit bedeutend höher liegen, als die verschiedenen amtlichen Quellen es glaubhaft machen wollen. Die sowjetische Untergrundliteratur, der sogenannte «Samisdat», vertritt die gleiche Auffassung. Wie der Moskauer Vertreter der «Washington Post» vor einiger Zeit berichtete, hatten Ende 1971 zwei Leningrader Ökonomen die sowjetischen Militärausgaben für das Jahr 1969 einer ausführlichen Analyse unterzogen, die sie als Manuskript von etwa 28 Schreibmaschinen-

seiten unter den oppositionellen Intellektuellen zirkulieren liessen. Darin werden die effektiven Verteidigungskosten des Landes auf 80 Milliarden Rubel eingeschätzt, was grosso modo auch den westlichen Berechnungen entspricht. In diesem Betrag sind die Rüstungsinvestitionen, deren Höhe sie nicht feststellen konnten, nicht inbegriffen. Dabei darf man nicht vergessen, dass in der Schwerindustrie die Verrechnungspreise viel niedriger angesetzt sind als in der Leichtindustrie, was den mengenmässigen Wert der 80 Milliarden Rubel weiter erhöht.

Das gleiche gilt auch für die Löhne, die in der Sowjetunion wesentlich geringer sind als zum Beispiel in den USA, wo in der Rüstungsindustrie der Lohntarif etwa die Hälfte der Produktionskosten ausmacht. Auf der anderen Seite, meinen die beiden Ökonomen, ist die sowjetische Rüstungsindustrie mit andern, in den USA unbekanntenen Spesen belastet. Als solche bezeichnen sie die mangelhafte Organisation der Produktion und den technologischen Rückstand. Das zentrale Problem ist auch in der Rüstung die Qualitätskontrolle, die in vielen Fällen aktive Offiziere durchführen müssen. Diese weisen alle jene Produkte konsequent zurück, die dem Standard nicht restlos entsprechen, womit die Produktionskosten weiter ansteigen.

Nach den Feststellungen der Analyse hatte der sowjetische Akademiker Abel G. Aganbegyan im Jahre 1965 in einer Rede offen zugegeben, dass in der Sowjetunion «direkt oder indirekt» etwa 30 Millionen Personen für die Rüstung arbeiten. Die mächtige Waffenindustrie der Sowjetunion arbeitet nicht nur für den eigenen Bedarf, sondern ist auch ein bedeutender Exporteur militärischer Ausrüstungen. Die jugoslawische Armeezeitung «Narodna Armija» befasste sich im Mai des Vorjahres eingehend mit dieser Frage und gab eine ausführliche Schilderung der sowjetischen Waffenlieferungen an die Entwicklungsländer. Danach «rückt die UdSSR auf breiter Front in den Waffenmarkt der Entwicklungsländer vor». Sie beliefert 30 dieser Staaten mit militärischen Ausrüstungen aller Art, im Wert von etwa 1 Milliarde Dollar pro Jahr. E. Sch.



Neben der Rüstung gibt es in der UdSSR so gut wie in ganz Osteuropa, noch die Militarisierung (siehe dazu unsere Sondernummer in ZB Nr. 19/1972). Hier die «patriotische Ausbildung» in einem Budapester Mädchengymnasium. Sie ist obligatorisches Schulfach.